

Protokoll

über die 10. Sitzung des Rates der Stadt Springe am Donnerstag, 29. Juni 2023 um 18:00 Uhr
in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe

Teilnehmende:

Ratsvorsitzender

Brezski, Eberhard

Bürgermeister

Springfeld, Christian

Ratsmitglieder

Baatzsch, Brian

Bani Ardalan, Christian

Becker, Tanja

Bennecke, Hendrik

Blome, Ann-Kristin

Brenneke-Schiller, Heike

Ellermann, Benjamin

Freimann, Heinrich

Galas, Eckart

Gasch, Anton

Grosecck, Oliver

Hackert, Thorsten

Herrmann, Udo

Holzmann, Norman

Hüper-Maus, Thomas

Janz, Dirk

Kemper, Margarete

Kohlenberg, Jürgen

Lampe, Uwe

Mariß, Lisa Marie

Meier, Bernhard

Musahl, Katja

Nagel, Klaus

Niemetz, Jörg

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Reinhardt, Udo

Retzlaff, Antje

Riegelmann, Elke

Schmelzer, Tim

Witte, Björn

Wolff, Reinhard

Zimmermann, Brigitte

Von der Verwaltung

Hoffmann, Stefanie

Klostermann, Jörg

Malzew, Jana

Sander, Hanna

bis 19:35 Uhr

als Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt
Frädermann, Andreas
Henkels, Anette

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Dr. Brezski begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und, nach namentlicher Benennung der fehlenden Ratsmitglieder, auch die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass der Antrag der Fraktion Zukunft für Springe zum Thema Beauftragung einer Organisationsuntersuchung, Drucksache 477/2021-2026 beim Tagesordnungspunkt (TOP) 12.1, zurückgezogen wurde und damit heute nicht behandelt werden müsse.

Frau Riegelmann beantragt, u.a. den TOP 9.2.2 von der Tagesordnung abzusetzen mit der Begründung, dass über die Abschaffung des Nutzungsentgeltes bereits unter TOP 9.2.1 beschlossen werden soll. Das Thema Sportförderrichtlinie wird derzeit bereits von Frau Düring, Leiterin des Fachdienstes Schule und Sport, bearbeitet und benötigt an dieser Stelle vorerst keinen weiteren Ratsbeschluss.

Zusätzlich beantragt sie die Streichung der Tagesordnungspunkte 6.3.2, 7.3.2 und 9.1.2, mit der Begründung, dass die Fachkompetenz des voraussichtlich heute gewählten neuen Stadtbaurats abgewartet werden soll.

Weiter merkt sie an, dass einige Anlagen und Drucksachen erst am 21.06.2023 freigegeben wurden und dies aufgrund des Schützenfestes in Eldagsen eine kurze Vorbereitungszeit verursacht habe.

Herr Reinhardt merkt an, dass alle Anträge und Anlagen fristgerecht bei der Verwaltung eingegangen seien, sonst hätten sie keine Berücksichtigung auf der Tagesordnung gefunden. Weiter weist er darauf hin, dass die Anträge weitergehender seien als die in den Ursprungsdrucksachen. Er findet, dass die Absetzung aller Umsetzungsverfahren im Bereich Völkßen, die in der Vergangenheit auch mehrfach beschlossen wurden, nicht zielführend sei.

Herr Dr. Brezski lässt über den Antrag der CDU-FWS zur Streichung der Tagesordnungspunkte 6.3.2, 7.3.2, 9.1.2 und 9.2.2 abstimmen:

Mit **14 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** wird der Antrag auf Streichung der zuvor genannten Tagesordnungspunkte abgelehnt.

Abschließend stellt Herr Dr. Brezski die Tagesordnung mit Streichung von TOP 12.1 fest

2. Anfragen der Zuhörenden

2.1 Rathausanbau

Ein Zuhörer spricht den Rathausanbau an und möchte wissen, ob sich die Bauprojekte KiTa, Schulen und Feuerwehr aufgrund dieses Projektes verschieben.

Herr Springfeld erklärt, dass das so nicht zusammengefasst werden kann. Die Stadt Springe bearbeitet mehrere Projekten parallel. Er weist darauf hin, dass neben beispielsweise Kindertagesstätten, Feuerwehren und Schulen auch ein Rathaus als kommunale Pflichtaufgabe eingestuft werden müsse.

Eine ZuhörerIn möchte wissen, wie viele Mitarbeitende bei der Stadt Springe tätig sind, wie viele davon im Homeoffice tätig sind und wie viele davon zukünftig planen, im Homeoffice zu arbeiten. Außerdem möchte sie wissen, wie hoch die ursprüngliche Kostenplanung gewesen ist.

Herr Springfeld teilt mit, dass ca. 370 Mitarbeitende bei der Stadt Springe tätig seien. Davon sind rund 50 Mitarbeitende wechselweise im Homeoffice tätig, da niemand dauerhaft im Homeoffice tätig sein kann. Mit diesem Hintergrund wird gerade ein sog. Desk-Sharing-Modell bei der Stadt Springe von rund sieben Mitarbeitenden getestet. Das kann man sich so vorstellen, dass die Mitarbeitenden sich einen Arbeitsplatz teilen und abwechselnd im Homeoffice arbeiten. Nur aufgrund dieser modernen Arbeitsmethoden kann überhaupt die ursprüngliche Planung des Rathausanbaus so realisiert werden, da sonst aufgrund der notwendigen Personalmehrung die Arbeitsplätze gänzlich nicht reichen würden. Zur Frage bzgl. der Kosten verweist er auf die bereits veröffentlichten Zahlen aus der Vergangenheit, die alle online recherchierbar seien. Die Abbildung der aktuellen Kostenentwicklung sei eine mehrmonatige Aufgabe, bei der die entsprechenden Leistungsverzeichnisse bepreist werden müssen. Die Ergebnisse würden zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden.

2.2 Wertstoffhof

Eine ZuhörerIn möchte wissen, wieso Lärmgutachten in Auftrag gegeben wurden. Sie möchte wissen, wie viel diese Gutachten gekostet haben und ob diese bereits notwendig waren, da noch kein Grundstückskauf erfolgt sei.

Herr Springfeld erklärt, dass das erstellte Schallschutzgutachten für den benötigten neuen Bebauungsplan erforderlich gewesen sei. Der ursprüngliche Bebauungsplan aus den 1970er Jahren sei nur für bestimmte Unternehmen gedacht – ein Wertstoffhof könne hier sonst nicht umgesetzt werden.

2.3 Remise

Ein Zuhörer möchte wissen, ob die Kosten für die Neugestaltung der Remise korrekt erfasst wurden. Zudem merkt er an, dass der Bürgersaal für ihn einen Plenarsaal darstelle, da nur 100 bis 150 Personen dort Platz finden können. Er stellt die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, die Aula des Otto-Hahn-Gymnasiums für 1,5 Millionen umzubauen und diese für Sitzungen zu nutzen.

Herr Springfeld teilt mit, dass die Kostenberechnungen von dem beauftragten Generalplanerbüro SEP Architekten aus Hannover erarbeitet wurden. Diese haben bereits viele vergleichbare Großprojekte erfolgreich durchgeführt, gerade auch mit Bezug zu Denkmalschutzrechtlichen Fragestellungen, bei denen das Büro eine besondere Expertise aufweise. Er verweist bezüglich des Bürgersaals außerdem auf die hohe Anzahl an Sitzungen der kommunalen Gremien, die auch technisch begleitet werden müssen und jedes Mal die Aula für schulische Veranstaltungen blockieren. Zudem wird regelmäßig ein barrierefreier Veranstaltungsort für weitere Veranstaltungen gesucht. Diese könnten dann u.a. auch in dem Bürgersaal durchgeführt werden.

3. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 25. Mai 2023 - öffentlicher Teil -

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen** gefasst:

Das Protokoll der 9. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 25. Mai 2023 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

4. Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Mitteilung aller bewilligten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen und Technischen Umbuchungen seit der letzten Finanzausschusssitzung, Stand 30.05.2023** **131/2021-2026 - 4**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2 Brunnen am Niederntor

Herr Springfeld teilt mit, dass die Pumpe des Brunnens am Niederntor defekt sei und bereits eine neue bestellt wurde. Er hofft, dass diese zeitnah geliefert wird und der Brunnen dann wieder einwandfrei funktioniere.

4.3 Sachstandsmitteilung zu Beschlüssen, Aufträgen und Finanzen

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

- 5. Wahl einer Beamtin/eines Beamten auf Zeit (Wahlbeamtin/-beamter) bei der Stadt Springe** **480/2021-2026**

Herr Dr. Brezski übergibt das Wort an Herr Maik Götze, der sich kurz vorstellt.

Frau Riegelmann merkt an, dass die Gruppe CDU-FWS nicht unbedingt für eine solch teure personelle Entscheidung gewesen sei, jedoch im Rahmen der Auswahlkommission deutlich wurde, dass diese die Stadt Springe voranbringen könnte und sie daher auch für die Einstellung von Herrn Götze stimmen würde.

Herr Springfeld bedankt sich für die Klarstellung und weist darauf hin, dass im Vorfeld über das Verfahren und den Kandidaten, Herrn Götze, informiert wurde.

Herr Kohlenberg teilt mit, dass die Fraktion Zukunft für Springe sich enthalten wird. Dies geht nicht persönlich gegen Herr Götze, sondern im Allgemeinen gegen die Wahl eines Beamten auf Zeit und einen neu einzurichtenden Fachbereich.

Folgender Beschluss wird mit **25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **10 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe wählt Herrn Maik Götze, der von Herrn Bürgermeister Springfeld zur Wahl als Beamter auf Zeit vorgeschlagen wird, zum Beamten auf Zeit für die Dauer von acht Jahren bei der Stadt Springe.

Herr Maik Götze wird gleichzeitig als allgemeiner Stellvertreter des Hauptverwaltungsbeamten berufen (§ 81 Abs. 3 i.V.m. § 109 Abs. 1 Nds. Kommunalverfassungsgesetz, NKomVG).

Der Bürgermeister wird ermächtigt, Herrn Maik Götze in das Beamtenverhältnis zu berufen und die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

6. Bereich Feuerwehr

- 6.1 Ernennung des Ortsbrandmeisters für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Springe - Ortsfeuerwehr Springe -** **467/2021-2026**

Herr Ellermann informiert über die einstimmige Vorberatung im Fachausschuss.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt, Herrn Florian Doege, Im Reite 14, 31832 Springe, erneut zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Springe zu ernennen und mit Wirkung zum 01.10.2023 für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen und mit den Dienstgeschäften des Ortsbrandmeisters zu beauftragen.

Herr Springfeld überreicht Herrn Florian Doege die Ernennungsurkunde und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit nach altbewährter Art.

6.2 Ernennung des Ortsbrandmeisters für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Springe - Ortsfeuerwehr Lüdersen - 421/2021-2026

Herr Ellermann informiert über die einstimmige Vorberatung im Fachausschuss.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt, Herrn André Herbst, Lärchenkamp 4a, 31832 Springe-Lüdersen, erneut zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Lüdersen zu ernennen und mit Wirkung zum 01. Juli 2023 für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen und mit den Dienstgeschäften des Ortsbrandmeisters zu beauftragen.

Herr Springfeld überreicht Herrn André Herbst die Ernennungsurkunde und bedankt sich für die weitere Ausübung des Ehrenamtes.

6.3 Feuerwehrhaus Völksen

Herr Dr. Brezski schlägt vor, beide Drucksachen gemeinsam zu beraten und zu beschließen.

Herr Reinhardt erläutert kurz die wesentlichen Inhalte des Antrags und fasst die bereits erfolgten Beratungen zum Thema Feuerwehrhaus Völksen hin. Er bittet um Unterstützung des Antrags der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 15.06.2023.

Es folgt eine Diskussion, ob über die Unterpunkte einzeln oder zusammen beschlossen werden soll.

Da heute die Wahl von Herrn Götze erfolgreich gewesen ist, merkt Frau Riegelmann an, dass es nicht sinnvoll sei, ihm mit so eng beschlossenen Vorschriften die Umsetzung der Baumaßnahmen zu erschweren, auch wenn die Baumaßnahmen in Völksen durchaus bedeutsam seien. Zusätzlich empfiehlt sie, solche baulichen Standards zu erarbeiten und zu beschließen, sodass zukünftig, anders als in der Vergangenheit, nicht regelmäßig bereits erfolgte Planungen geändert werden.

Herr Dr. Brezski lässt über die Unterpunkte getrennt abstimmen.

6.3.1 "Was will Völksen?" - Stärkung der dörflichen Infrastruktur in Form von Neubauten hier: Neues Feuerwehrgerätehaus Beschluss des Ortsrates Völksen vom 16.05.2023 482/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Für ein mögliches Feuerwehrhaus in Völksen wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Springe, insbesondere der

Ortsfeuerwehr Völksen, den Raum- und Flächenbedarf für einen Feuerwehrhausneubau auf der Fläche „In der Ahnt“ in Völksen zu ermitteln.

**6.3.2 Umsetzung der Entwicklung "Was will Völksen" 510/2021-
hier: Feuerwehrhaus Völksen zu DS 482/2021-2026 2026
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 15.06.2023**

Folgender Beschluss wird mit **26 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

1. Umsetzung

Die Realisierung soll unter maximaler externer Leistungsbeanspruchung erfolgen, um eigene Kapazitäten zu schonen. Unter anderem sollen externe Projektplaner oder Bauleiter die Bauherrentätigkeiten so weit als möglich übernehmen. Für alle Projekte sind Fördermittelmöglichkeiten zu prüfen und darzustellen. PV-Anlagen sind auf allen Dächern einzuplanen und ggf. als Bürgeranlagen umzusetzen.

2. Feuerwehrhaus Völksen

Das Feuerwehrhaus Völksen wird weitgehend in modularer Bauweise errichtet. Die Fahrzeughalle wird in maximaler Stellplatzgröße geplant und in Stahlleichtbauweise umgesetzt. Bei der Planung sind zwingend strategische Weiterentwicklungen der Ortsfeuerwehr zu berücksichtigen - bspw. Waldbrandbekämpfung. Primärer Standort soll „In der Ahnt“ sein.

7. Bereich Jugend und Soziales

**7.1 Weiterentwicklung einer Kindertagesstätte zu einem Familienzentrum 454/2021-
rum 2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Die Verwaltung wird vorbehaltlich einer entsprechenden Förderung durch die Region Hannover ermächtigt, in Zusammenarbeit mit einem Projektpartner eine Kindertagesstätte in der Kernstadt der Stadt Springe zu einem Familienzentrum weiterzuentwickeln und die dafür erforderlichen vertraglichen Regelungen sowohl mit dem Projektpartner als auch mit der Region Hannover abzuschließen.

Das Projektzeitraum beginnt frühestens ab dem 01.08.2023 und endet spätestens mit Ablauf des 31.12.2026. Für eine Fortführung des Projektes über diesen Zeitraum hinaus bedarf es einer erneuten Beschlussfassung in den politischen Gremien der Stadt Springe.

Die im Haushaltsjahr 2023 erforderlichen Mittel werden im Rahmen des Deckungskreises 0260 durch Einsparungen auf dem Produktkonto 36501.43180061 aufgrund der sich verzögernden Inbetriebnahme des Waldkindergartens Springe kompensiert.

Die notwendigen Haushaltsmittel ab dem 01.01.2024 werden in den folgenden Haushaltsjahren veranschlagt.

**7.2 Abschluss einer neuen Vereinbarung nach § 1 Abs. 4 des Niedersächsischen Statistikgesetzes (NStatG) zur Übertragung der Aufgabe der Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels zwischen der Stadt Springe und der Region Hannover 475/2021-
2026**

Herr Niemetz verlässt den Sitzungsraum um 18:41 Uhr.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die als **Anlage 1** zu diesem Beschlussvorschlag beigefügte „Vereinbarung nach § 1 Abs. 4 des Niedersächsischen Statistikgesetzes (NStatG) zur Übertragung der Aufgabe der Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels“ zu beschließen.

Herr Niemetz nimmt ab 18:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

7.3 Kindertagesstätte Völksen

Herr Reinhardt weist darauf hin, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei und daher der Antrag unter TOP 7.3.2 anstrebt, dass Raumprogramme parallel zur Bauleitplanung entwickelt werden sollen. Es sei sinnvoll, sich dadurch zwei Optionen zu schaffen.

Herr Kohlenberg merkt an, dass zur Vorlage keine Bedenken vorliegen, jedoch die Frage bleibt, wie der Sachstand hier bzgl. des Umzugs in die Villa sei. Wenn dies nicht genehmigungsfähig sei, würde seine Fraktion auch einen Neubau „In der Ahnt“ favorisieren. Er würde gerne mehr zur Genehmigung erfahren.

Herr Reinhardt bestätigt, dass das Verfahren bislang eher kompliziert gelaufen sei. Der Austausch mit dem Investor wurde bereits im Fachausschuss thematisiert.

Heute gegen 15:00 Uhr wurde eine Kostenberechnung vorgelegt, die dem Investor übermittelt wurde. Das Verfahren läuft demnach noch und wurde auch nicht vom Rat als beendet erklärt. Die Option mit dem Umzug sei also noch realisierbar.

Auf Nachfrage von Herrn Bennecke, ob das Verfahren so von der Verwaltung mitgetragen werde, teilt Frau Sander mit, dass die Verwaltung im stetigen Austausch sowohl mit dem Investor, als auch mit dem Eigentümer und anderen Interessenten stehe. Der Eigentümer ist aufgefordert, mitzuteilen, wenn das Sondierungsverfahren abgeschlossen ist.

7.3.1 Beschluss über ein Raumprogramm für eine mögliche 4-gruppige Kindertagesstätte in Völksen **465/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Für eine mögliche 4-gruppige Kindertagesstätte in Völksen wird das in der Anlage zu dieser Drucksache aufgeführte Raumprogramm festgestellt.

Sofern sich eine Kindertagesstätte an dem Standort „Am Grasweg“ in Völksen nicht realisieren lässt, wird die Verwaltung beauftragt, das festgestellte Raumprogramm in der künftigen Bauleitplanung „In der Ahnt“ in Völksen umzusetzen und eine entsprechende Fläche für den Neubau einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung auszuweisen.

7.3.2 Umsetzung der Entwicklung "Was will Völksen" hier: Kindertagesstätte Völksen zu DS 465/2021-2026 - Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 15.06.2023 **511/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen** gefasst:

1. Umsetzung

Die Realisierung soll unter maximaler externer Leistungsbeanspruchung erfolgen, um eigene Kapazitäten zu schonen. Unter anderem sollen externe Projektplaner oder Bauleiter die Bauherrentätigkeiten soweit als möglich übernehmen. Für alle Projekte sind Fördermittelmöglichkeiten zu prüfen und darzustellen. PV-Anlagen sind auf allen Dächern einzuplanen und ggf. als Bürgeranlagen umzusetzen.

2. Kindertagesstätte Völksen

Parallel zum laufenden Verfahren zur Einrichtung einer KiTa in Völksen wird die Verwaltung beauftragt, anhand des Raumprogramms eine modulare Umsetzung der KiTa zu realisieren.

Sollte aus kapazitativen Gründen die Abwägung in eine Ausschreibung für Bau und Betrieb der Einrichtung (analog Harmsmühlenstraße) gehen, ist die Umsetzung dennoch gleichlautend anzustreben. Primärer Standort soll „In der Ahnt“ sein, sollte sich ein Standort mit weniger Erschließungsaufwand finden, ist dieser zu wählen. Das Vorhaben ist in das ISEK aufzunehmen.

8. Bereich Bauen und Stadtplanung

8.1 Sofortprogramm Perspektive Innenstadt 130/2021-2026 - 6 • Gestaltungskonzept Innenstadt - Fertigstellung

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat beschließt das Gestaltungskonzept in der vorgestellten Form als Grundlage für die Umsetzung gestalterischer Maßnahmen im Bereich der Innenstadt des Stadtteils Springe im Sinne einer Selbstbindung. Die Umsetzung des Maßnahmenkataloges ist in den nächsten Haushaltsjahren zu berücksichtigen und zwingend mit Anliegern und anliegenden Geschäftsleuten vorab zu besprechen.

8.2 Baugenehmigungsplanung und Kostenerhöhung Neubau Feuerwehr Eldagsen 439/2021-2026 - 2 - Stand nach Beratung FinA am 15.06.2023

Herr Freimann ist zwar für die Beschlussempfehlung, möchte jedoch darauf hinweisen, dass hier aufgrund der Kostensteigerungen Mehrkosten von über zwei Millionen Euro vorliegen. Der Bau ist notwendig - das Budget wird jedoch knapper. Dies solle beachtet werden.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat der Stadt Springe beschließt auf Grundlage der vorgelegten Genehmigungsplanung, die Planungen und den Bau des Feuerwehrhauses in Eldagsen bis zur Leistungsphase 9 fortzuführen und den Haushaltsansatz von 2023 ff. - inklusive der bereits übertragenen Haushaltsreste - mit der vom Architekten eingereichten Kostenberechnung vom 23.03.2023 um 2.112.975,00 € zu erhöhen. Die notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel werden in Form einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2025, zusätzlich zu der bereits bestehenden VE 2024, bereitgestellt.
2. Gleichzeitig sichert der Rat der Stadt Springe damit zu, die daraus folgenden erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushaltsplänen 2024 (Verpflichtungs-

ermächtigung in 2024 für 2025 in Höhe von 2.113.000 €) und 2025 (Auszahlungsansatz 2025 in Höhe von 2.113.000 €) entsprechend zur Verfügung zu stellen

3. Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, die Inanspruchnahme von 5 Prozent Fördermitteln für eine besonders energetische Bauweise zu prüfen.

8.3 Neubau des Wertstoffhofs / Stand nach PUKA 01.06.2023 • Kostenbeteiligung an den Lärmschutzmaßnahmen

**453/2021-
2026 - 1**

Frau Riegelmann verliest und erklärt einen Änderungsantrag, den sie bereits in der VA-Sitzung am 22.06.2023 vorgebracht hat:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Planungen für einen neuen Wertstoffhof im Stadtgebiet Springe ergebnisoffen weiter zu verfolgen. Mit der aha bzw. der Region ist über die wirtschaftliche Darstellung eines neuen Wertstoffhofes zu verhandeln. Ein Investitionszuschuss der Stadt Springe an aha/die Region bedarf eines positiven Beschlusses der Stadt Springe.“

Herr Baatzsch weist darauf hin, dass das Grundstück noch nicht gekauft sei und es wichtig sei, die Verhandlungsposition der Stadt Springe hier nicht zu schwächen. Daher appelliert er daran, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen. Weiter teilt er mit, dass die aha so auch in anderen Kommunen verfahren habe, wo ebenfalls die Kommunen für die Kosten im Rahmen des Lärmschutzes beteiligt wurden, wie bspw. in Sehnde.

Herr Nagel findet, die Ergänzungen von Frau Riegelmann seien sinnvoll und er bevorzuge auch eine ergebnisoffene Formulierung für den Beschluss.

Herr Reinhardt weist darauf hin, dass lediglich die grundsätzliche Bereitschaft mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung signalisiert werde und keine Verpflichtung für eine tatsächliche Zahlungspflicht auslöse.

Auf Nachfrage von Herrn Hackert, wer rechtlich für die Zahlung der Lärmschutzmaßnahmen zuständig sei, antwortet Herr Klostermann, dass in der Regel die Verursacherin oder der Verursacher hierfür zuständig sei. Er weist jedoch darauf hin, dass festgestellt wurde, dass ohne Lärmschutzmaßnahmen hier nicht weiter geplant werden könne und die aha eindeutig mitgeteilt habe, dass ohne Kostenbeteiligung keine weitere Planung erfolge. Somit empfiehlt die Verwaltung, sich grundsätzlich bereit zu erklären, sich an den Kosten zu beteiligen.

Herr Lampe weist auf die finanzielle Verantwortung der Ratsmitglieder hin, dass keine Mittel umsonst ausgegeben werden. Er glaube nicht, dass dieser Grundsatzbeschluss die Verhandlungsposition der Stadt Springe stärken werde.

Es folgen weitere Diskussionen über die Kostenbeteiligungen an den Lärmschutzmaßnahmen. Abschließend fasst Herr Springfeld zusammen, dass die Verwaltung ein Mandat für die weitere Verhandlung mit der aha benötige. Ohne dieses Mandat könne keine weitere Verhandlung stattfinden und somit auch kein Wertstoffhof entstehen. Alle folgenden wichtigen Entscheidungen werden erneut mittels Beschlussvorlage vorgelegt.

Es wird nun über den oben zitierten Änderungsantrag von der Gruppe CDU-FWS abgestimmt. Dieser wird mit **16 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen abgelehnt**.

Nachfolgend wird über den Beschlussvorschlag der Drucksache abgestimmt.

Folgender Beschluss wird mit **19 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen** und **5 Enthaltungen** gefasst:

Zur Ermöglichung eines neuen Wertstoffhofes in der Stadt Springe ist die Stadt Springe grundsätzlich bereit, sich an sämtlichen Kosten für die zur Errichtung eines Wertstoffhofes erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen zu beteiligen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der aha weiter nach emissions-technischen Optimierungen zu suchen und auch die Möglichkeit der Einholung eines zweiten Gutachtens zu besprechen, in die genauere Kostenermittlung einzusteigen und einen angemessenen Verteilschlüssel zwischen Stadt und aha zu verhandeln.

Dies ist ausdrücklich keine Verpflichtung für die Stadt Springe, einen für sie unannehmbaren Anteil der Kosten zu übernehmen, vielmehr soll der Beschluss den Eintritt in entsprechende Verhandlungen ermöglichen, deren Ergebnis dann wiederum dem Rat der Stadt Springe zur Entscheidung vorgelegt wird.

8.4 Externe Vergabe von Projektsteuerungsaufgaben 441/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Es werden Haushaltsmittel in Höhe von 57.912,90 € über den Haushaltsplan 2024 ff. bereitgestellt, um für das Projekt Obdachlosenheim externe Projektsteuerungsaufgaben auszuschreiben und zu beauftragen. Der erforderliche Gesamtmittelbedarf für die Maßnahme erhöht sich von ca. 3,0 Mio. € auf 3,058 Mio. €. Die Verwaltung wird die Erkenntnisse aus der genannten externen Projektbegleitung in einem Sachstandsbericht zum Ende des Haushaltsjahres 2024 vorlegen.

9. Bereich Schulen und Sport

9.1. Grundschule Völksen

9.1.1 "Was will Völksen?" - Stärkung der dörflichen Infrastruktur in Form von Neubauten hier: Neue Grundschule Beschluss des Ortsrates Völksen vom 16.05.2023 466/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Grundschule Völksen ein Raumprogramm als Grundlage für eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse zu erarbeiten und dies zur Beschlussfassung vorzulegen.

9.1.2 Umsetzung der Entwicklung "Was will Völksen" hier: Grundschule Völksen zu DS 466/2021-2026 - Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 15.06.2023 512/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **28 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen** und **4 Enthaltungen** gefasst:

1. Umsetzung

Die Realisierung soll unter maximaler externer Leistungsbeanspruchung erfolgen, um eigene Kapazitäten zu schonen. Unter anderem sollen externe Projektplaner oder Bauleiter die Bauherrentätigkeiten soweit als möglich übernehmen. Für alle Projekte sind Fördermittelmöglichkeiten zu prüfen und darzustellen. PV-Anlagen sind auf allen Dächern einzuplanen und ggf. als Bürgeranlagen umzusetzen.

2. Grundschule Völksen

Die Grundschule Völksen wird in modularer Bauweise errichtet. Eine schnelle und effiziente Umsetzung mit maximalem Einkauf von externen Partnern/Dienstleistern hat Priorität. Das Gebäude wird „In der Ahnt“ eingeplant, sollte sich eine andere Fläche mit weniger Aufwand in der Erschließung ergeben, wird der Standort durch den Ortsrat entschieden. Das Vorhaben ist in das ISEK aufzunehmen.

9.2 Sportstättennutzung

Herr Bani Ardalan nennt Hintergründe zu den bisherigen Ergebnissen der Beratung der Drucksache im Ausschuss für Schule, Sport und Kultur, im Rat sowie in der Sportkonferenz.

Frau Sander erklärt kurz zum Verfahren, dass der Rat die vorliegende Drucksache im Dezember von der Tagesordnung genommen hat. Im ersten Schritt solle über die Entgelte entschieden werden, und alles Weitere zur Sportförderrichtlinie müsse zunächst in den Fachausschuss verwiesen werden, da hier noch keinerlei Vorberatung erfolgt sei.

Es folgen verschiedene Überlegungen und Hintergründe zum Verfahren und den Ergebnissen aus dem Ausschuss und aus der Sportkonferenz.

Herr Hüper-Maus weist darauf hin, dass hier keine Beschlüsse nacheinander erfolgen können, da diese einander tangieren und auch weitergehend seien. Es sei sinnvoll, hier in Einzelschritten zu verfahren. Wenn die Sportentgelte entfallen, würde keine Miet- und Benutzungsordnung mehr nötig sein, sondern nur eine Benutzungsordnung.

Nach weiteren Überlegungen und dem Hinweis, dass Änderungsanträge sehr wohl ohne Vorberatung beschlossen werden können, beantragt Herr Reinhardt eine **Sitzungsunterbrechung**. Diese wird mit **29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **6 Enthaltungen** bestätigt.

Die Sitzung wird von 19:35 Uhr bis 19:49 Uhr unterbrochen.

Es wird sich darauf geeinigt, Folgendes abstimmen zu lassen:

- Beschlussfassung über die Punkte 2 und 3 der Drucksache 375/2021-2026 und den Punkt 1 der Drucksache 509-2021-2026.
- Verweis zur Beratung im Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Punktes 1 der Drucksache 375/2021-2026 und die Punkte 2, 3 und 4 der Drucksache 509/2021-2026.

9.2.1 **Neufassung der Miet- und Benutzungsbedingungen für Sportstätten und die sportliche Nutzung von Mehrzweckhallen in der Stadt Springe (Miet- und BenutzungsO Sport)** **375/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt den Entfall der Nutzungsentgelte rückwirkend zum 01.01.2023 für alle Hallen und Kabinen sowie für alle Sport- und Tenne-Plätze.

Für die Nutzungen im Bereich dieser Miet- und BenutzungO durch ortsansässige Sportvereine oder schulische Kooperationspartner zu Trainings- oder Wettkampfpzwecken werden ab 01.01.2023 grundsätzlich keine Nutzungsentgelte oder Reinigungspauschalen mehr erhoben.

Für die Nutzungen von Mehrzweckräumen, Dorfgemeinschaftsräumen oder Schulräumen durch ortsansässige Vereine oder schulische Kooperationspartner, die nicht mit Eintrittsgeldern, Teilnahmeentgelten o.ä. verbunden sind, sollen ab 01.01.2023 in analoger Weise ebenfalls keine Nutzungsentgelte mehr erhoben werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Miet- und BenutzungO für diese Räume ebenfalls entsprechend anzupassen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

9.2.2 Ergebnis Sportkonferenz - Antrag auf Abschaffung der Entgelte/Mieten, Arbeitsauftrag und Entwurf Förderrichtlinie - gem. Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke und der FDP-Fraktion vom 16.06.2023 **509/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **2 Enthaltungen** gefasst:

Die folgenden Punkte werden **zur Vorberatung** in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur **verwiesen**:

1. Die Miet- und Benutzungsbedingungen für Sportstätten und die sportliche Nutzung von Mehrzweckhallen in der Stadt Springe (Miet- und BenutzungO Sport) wird, wie in der Anlage dargestellt, beschlossen. Die Miet- und BenutzungO Sport soll zum 01.01.2023 in Kraft treten.
2. Bahngebühren und anfallende Eintrittsgelder bzgl. des Trainingsbetriebes für Schwimmsportvereine entfallen gleichlautend. Anfallende Gebühren (bedingt durch nicht kommunale Bäder im Stadtgebiet) werden den Vereinen erstattet. Die Erstattung wird inklusive Kostennachweis durch die Vereine beantragt.
3. Die bestehenden Fördermittel i. H. v. 30.000 € stehen ausdrücklich den Vereinen zur Verfügung, die keine öffentlichen Sportstätten nutzen. Mittel hieraus können gem. Förderrichtlinie beantragt werden.
4. Folgende Verbesserungen sollen geprüft und umgesetzt werden:
 - Reduzierung nominell notwendiger (Miet)Verträge pro Verein oder Sparte
 - Einrichtung eines Online Formulars (ähnlich Mängelmelder) für Reparaturanforderungen
 - Aushang für Notfallnummer bei Betriebsstörungen (Licht, Heizung o.ä.)
 - Verbesserung der Buchungsgenehmigung und Zugangsregelung durch elektronische Zugänge per RFID oder Code-System (Übermittlung bei Buchung?). Ziel: Schnellerer Durchlauf und Reduzierung von Hausmeisterstunden. Erhöhte Selbstverwaltung durch die Vereine in den Hallen Nord, Süd und Bennigsen.“

10. Bereich Stadtentwässerung

- 10.1 Erste Änderung der Satzung über Beseitigung des häuslichen Abwassers in Kleinkläranlagen (Kleinkläranlagen -Satzung) vom 05.10.2005 - nach BetrA SES am 13.03.2023** **457/2021-2026 - 1**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung der Satzung über Beseitigung des häuslichen Abwassers in Kleinkläranlagen (Kleinkläranlagen -Satzung), mit der das Grundstück mit den Flurstücknummern 22/4, 23/9 und 23/11 in die Kleinkläranlagensatzung aufgenommen wird.

11. Bereich Finanzen

- 11.1 Jahresabschluss, Entlastung des Bürgermeisters und Ergebnisverwendung für das Haushaltsjahr 2016** **496/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Jahresabschluss der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 2016 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG mit einem Überschuss in der Ergebnisrechnung von 1.930.408,33 EUR beschlossen.

In Kenntnis des Schlussberichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Springe zum 31.12.2016 und der dazu dem Rat vorgelegten Stellungnahme wird dem Bürgermeister gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Jahresergebnis in Höhe von 1.930.408,33 EUR wird gem. § 110 Abs. 6 NKomVG im Umfang von 1.726.615,06 EUR den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und in Höhe von 203.793,27 EUR den Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

- 11.2 Anpassung des Liquiditätskreditvertrages mit der Stadtwerke Springe Holding GmbH** **1174/2016-2021 - 2**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Höchstbetrag des im Jahr 2020 abgeschlossenen Liquiditätskreditvertrages zwischen der Stadt Springe und der Stadtwerke Springe Holding GmbH wird auf 1.000.000 EUR erhöht.

- 11.3 Erneute Übernahme einer Bürgschaft zur Besicherung der Kreditlinie der Stadtwerke Springe GmbH** **485/2021-2026**

Auf Nachfrage von Herrn Wolff, ob es regelmäßig üblich sei, sich innerhalb einer GmbH mit den anderen Gesellschaftern abzustimmen, erklärt Herr Springfeld, dass der Rat heute nur über die eigene Bürgschaft als Mehrheitsgesellschafter entscheiden könne.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltung** gefasst:

Die Stadt Springe übernimmt bei Bedarf eine Bürgschaft für die Stadtwerke Springe GmbH zur Besicherung der Kreditlinie zu folgenden Bedingungen.

1. Die Bürgschaft ist auf 80 % des besicherten Kreditbetrages und maximal 4 Mio. EUR beschränkt.
2. Die Laufzeit der Bürgschaft beginnt frühestens am 1. Juli 2023 und endet spätestens zum 30. Juni 2024.
3. Der durch die kommunale Bürgschaft entstehende, rechnerische Zinsvorteil ist an die Bürgin abzuführen.
4. Der Vollzug des Beschlusses steht unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht.

11.4 Einrichtung eines weiteren Fachbereiches (IV) bei der Stadtverwaltung Springe 481/2021-2026

Frau Riegelmann teilt für die Gruppe CDU-FWS mit, dass die Gruppe sich enthalten wird mit dem Hintergrund, dass die Verwaltung solche innerorganisatorischen Entscheidungen selber treffen soll und kein Einmischen in Geschäfte der laufenden Verwaltung erfolgen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die grundsätzliche Gliederung der Verwaltung in Fachbereiche unterliegt ausschließlich der Beschlussfassung des Rates der Stadt Springe gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes.

Herr Kohlenberg teilt für seine Fraktion mit, dass hier gegen den Beschlussvorschlag gestimmt werde, da hier kein Vorteil einer solchen personellen Verstärkung gesehen wird und die finanziellen Kosten auch anderweitig gebraucht würden.

Folgender Beschluss wird mit **21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen** gefasst:

Bei der Stadt Springe wird in der Leitungsebene ein weiterer Fachbereich „Infrastruktur, Steuerungsunterstützung, Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung“ (Fachbereich IV) gebildet.

Dieser Fachbereich wird der Leitung der Wahlbeamtin/des Wahlbeamten unterstellt.

12. Anträge

12.1 Auftrag einer Organisationsuntersuchung 477/2021-2026
- Antrag der Fraktion Zukunft für Springe vom 15.05.2023

Dieser TOP wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt, da der Antrag zurückgezogen wurde.

12.2 Resolution Verstärkung des S-Bahn-Verkehrs in der Region Hannover auf der Linie S5 in den Abend-Stunden 492/2021-2026
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 23.05.2023

Herr Dr. Galas findet, dass der halbstündige Takt bis weiter in den Abend ausgebaut werden solle, damit die Menschen auch in den Abendstunden eine bessere Anbindung an Hannover haben.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Rat der Stadt Springe verabschiedet die Resolution, wie in der Anlage empfohlen.

12.3 Streichung der Positionen "Umnutzung der Remise" und "Neubau Bürgersaal" 505/2021-2026
- Antrag Ratsherr Lampe vom 11.06.2023

Herr Nagel erklärt, dass er hier nicht mitabstimmen werde, um das Mitwirkungsverbot gem. § 41 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes einzuhalten. Er sei Inhaber des Ratskellers und eine mögliche gastronomische Nutzung der Remise und eventuelle Nutzungen des Bürgersaals für Veranstaltungen, könnten sich unmittelbar auf seinen Betrieb auswirken.

Herr Lampe findet, dass man aufgrund der geänderten Weltlage und den allgemein geänderten Verhältnissen nicht an den Planungen und Beschlüssen aus 2018 festhalten könne. Zusätzlich benennt er die Positionen Remise und Bürgersaal als „Sahnehäubchen“, welche nicht zwingend erforderlich seien bei einem Rathausneubau. Weiter stellt er die Frage, ob die zukünftig entstehende Regionssporthalle geeignet wäre, um dort politische Sitzungen stattfinden zu lassen. Die Frage habe er in einer Ausschusssitzung an die Verwaltung übermittelt. Eine Antwort stehe aber noch aus. Herr Lampe weist auch auf den Umbau der OHG hin und das dort evtl. ein weiterhin besser geeigneter Sitzungsort sei. Auf den Hinweis von Herrn Springfeld, dass die Nutzung der Remise essentieller Bestandteil des Raumprogramms sei und die Planungen sehr teuer und aufwändig gewesen und ohne Umsetzung umsonst gewesen seien, erklärt Herr Lampe seine Meinung dazu, und zwar, dass zwar Geld verloren gegangen sei, jedoch durch Streichung der Positionen „Umnutzung der Remise“ sowie „Neubau Bürgersaal“ insgesamt dennoch Geld eingespart werde.

Auf den Hinweis von Herrn Lampe, hier auch getrennt abzustimmen, weist Herr Dr. Brezski darauf hin, dass es in der heutigen Ratssitzung lediglich darum gehe, den Antrag wahlweise abzulehnen oder zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse zu verweisen.

Herr Nagel verlässt den Sitzungsraum um 20:11 Uhr und nimmt ab 20:12 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Baatzsch verlässt den Sitzungsraum um 20:13 Uhr und nimmt ab 20:16 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Springfeld weist darauf hin, dass so ein Beschluss, wie im Antrag gefordert, einen massiven finanziellen Schaden für die Stadt Springe verursache und das Gesamtprojekt gefährde.

Auf Nachfrage von Herrn Wolff, welche Gründe die Verwaltung habe, als Beschlussvorschlag eine Ablehnung des Antrags zu empfehlen, erklärt Herr Springfeld, dass dieses Gesamtkonzept aus den Bausteinen Rathausenerweiterung, Remise und Bürgersaal/Sitzungssaal bereits seit vielen Jahren geplant werde. Die Remise war von Anfang an ein wesentlicher Bestandteil des Raumkonzeptes der Rathausenerweiterung. Wenn diese nun gestrichen werde, müsse mit der Planung von vorne angefangen werden. Weiter weist er darauf hin, dass auch bei Einstellung der Planung die Kosten hierfür aufgrund eines früheren Ratsbeschlusses hierzu nahezu komplett entrichtet werden müssen. Das Architekturbüro habe einen Anspruch auf Vergütung, gleich, ob die Planungen weitergehen oder abgebrochen werden.

Frau Riegelmann erinnert an frühere Beiträge eines ehemaligen Ratsmitgliedes bzgl. der Bedenken dieses zusätzlichen Extras in der Planung. Es wurde an diesen Stellen bereits mehrfach auf die Entrichtung von entgangenen Gewinnen an die Architekten hingewiesen.

Frau Musahl verlässt den Sitzungsraum um 20:20 Uhr und nimmt ab 20:22 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Es folgen Wortbeiträge zu den verschiedenen Leistungsphasen, zum Thema Denkmalschutz, zum vorliegenden Antrag und ob ein Stoppen hier noch legitim sei an dieser Stelle.

Auf Nachfrage von Herrn Wolff zu Details des Baugenehmigungsverfahrens verweist Herr Klostermann auf die Aufstellung des Bebauungsplans, der die Themen Denkmalschutz und Bodenarchäologie beinhaltet. Es wurden auch die Belange der vorhandenen Altstadtsatzung berücksichtigt. Dies sind alles Inhalte der Baugenehmigung. Die entsprechenden Beratungen und Drucksachen waren öffentlich und können im Ratsinformationssystem selbst recherchiert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Meier, welche Kosten hier bezüglich der Architekturleistungen bei Verzicht der beiden im Antrag genannten Positionen auf die Stadt Springe zukommen, teilt Herr Klostermann mit, dass die Kosten derzeit nicht beziffert werden können. Die Planungskosten lassen sich u.a. an der Bausumme errechnen. Die Leistungsverzeichnisse sollen jetzt bepreist werden, dies ist auch vergaberechtlich notwendig. Die aktuellen Kosten hierzu werden voraussichtlich nach der Sommerpause den politischen Gremien vorgelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Bennecke, wann mit weiteren Informationen zu den Gesamtkosten zu rechnen sei, teilt Herr Springfeld mit, dass dies für die Haushaltsberatungen 2024, also für den Zeitraum Herbst 2023, geplant sei. Es sei zwar keine stufenweise Beauftragung vorgesehen, aber die Kosten müssen für den Haushalt angemeldet werden.

Herr Baatzsch verlässt den Sitzungsraum um 20:24 Uhr und nimmt ab 20:29 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Schmelzer verlässt den Sitzungsraum um 20:28 Uhr und nimmt ab 20:30 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Nach weiterem Austausch zum Thema Kosten schiebt Herr Reinhardt ein, dass die Stadt Springe finanziell gar nicht so schlimm dastehe und auch keinerlei Liquiditätskredite vorhanden seien. Er geht auf die Aussagen von Herrn Springfeld ein und bestätigt, dass die Remise ein essentieller Bestandteil der Planung gewesen sei und auch bei der Auswahl des Gewinners im Architektenwettbewerb. Zusätzlich weist er darauf hin, dass der Bürgersaal, rein theoretisch, den Ergebnishaushalt lediglich mit 18.000 Euro Abschreibungen belasten würde – mit Baukostensteigerungen würde dies geschätzt bei 25.000 Euro liegen.

Es folgen verschiedene Zitate aus früheren Ausschusssitzungen.

Herr Freimann informiert darüber, dass das Thema Rathausneubau bereits 1996 schon mal Thema im Stadtrat gewesen sei. Er selbst findet diese Thema sehr wichtig, möchte aber darauf hinweisen, dass bei der Beschlussfassung in 2018 nicht unbedingt eindeutig gewesen sei, dass erheblicher baulicher Bedarf im Bereich Schulen und Kindergärten entstehen würde. Herr Freimann sagt aus, dass es sinnvoll sei, schnellstmöglich weiter zu planen und zu bauen, da dies notwendig sei und man so viele Baukostensteigerungen wie möglich verhindern solle.

Herr Bennecke beantragt im Namen der Gruppe CDU-FWS geheime Abstimmung gem. § 14 Abs. 5 der Geschäftsordnung.

Es folgt die geheime Abstimmung mit Ausnahme von Herrn Nagel.

Herr Dr. Brezski ruft die Ratsmitglieder nacheinander auf, Frau Sander verteilt jeweils einen Stimmzettel.

Die Auszählung der Stimmen führen folgende Personen durch:

- für die Gruppe SPD-Grüne-Linke: Herr Hüper-Maus
- für die Gruppe CDU-FWS: Herr Witte
- für die Fraktion Zukunft für Springe: Herr Overesch

Der Rat der Stadt Springe stimmt einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Umsetzung des Projektes „Ankerplatz“ - Coworking-Space Springe in Höhe von 242.000 € zu.

Die Deckung dieses Mehrbedarfs in Höhe von 242.000 € erfolgt durch Verzögerungen bei der Maßnahme „Betriebskostenzuschuss Kindertagesstätte Peter-Härtling-Schule“ (Produktkonto 36501.43180064).

14. Annahme von Spenden - vorsorglich -

Es liegen keine zu genehmigenden Spenden vor.

15. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Es werden keine Fragen gestellt.

16. Anfragen der Ratsmitglieder

16.1 Windenergieanlagen und Bürgerbeteiligung

Herr Holzmann verliest mehrere Fragen, die dem Protokoll als **Anlage** beigefügt wurden.

Herr Klostermann teilt mit, dass eine Beantwortung der Fragen zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann. Er könne sich hier gut eine Beantwortung im Rahmen einer Informationsveranstaltung nach der Sommerpause vorstellen.

Herr Nagel verlässt den Sitzungsraum um 21:15 Uhr und nimmt ab 21:16 Uhr wieder an der Sitzung teil.

16.2 Sachstand Nahwärme Alvesrode

Herr Hüper-Maus fragt nach einem aktuellen Sachstand zu dem Beschluss über die Drucksache 325/2021-2026 zum Thema Nahwärme in Alvesrode. Der Ortsrat hatte hier die Absicht, einen Förderantrag zu stellen, es wären aber nur die Stadtwerke oder die Stadt Springe antragsberechtigt. Nun möchte er wissen, wer diesen Antrag gestellt habe und was damit erreicht werden konnte.

Herr Klostermann informiert darüber, dass entsprechende Angebote bei einigen Büros abgefragt wurden. Die Stadtwerke sollen hier nicht beteiligt werden. Der Förderantrag wurde gestellt, eine Rückmeldung habe er jedoch hierzu noch nicht.

16.3 Abgesagte Informationsveranstaltung Windkraftanlagen

Frau Riegelmann spricht die von der Region Hannover abgesagte Veranstaltung bzgl. möglicher Flächen für Windkraftanlagen an und würde gerne wissen, ob es schon eine Information gebe, wann diese nachgeholt werde.

Herr Klostermann teilt mit, dass hierzu noch nichts an die Verwaltung übermittelt wurde.

16.4 Kapazitäten bei Bauvorhaben

Frau Riegelmann möchte von der Gruppe SPD-Grüne-Linke wissen, ob dort intern schon Beratungen erfolgt seien, welche baulichen Projekte priorisiert würden, da u.a. in Völksen mehrere bauliche Projekte und Planungen zeitnah umgesetzt werden sollen oder ob dort geplant werde, alles parallel laufen zu lassen.

Herr Reinhardt erwidert, dass die Abwicklungen von Projekten erstmal der Fertigstellung von Raumprogrammen, Ideen und dergleichen obliege. Daraus würde sich dann im Laufe des Verfahrens eine Reihenfolge ergeben.

16.5 Sportplätze

Herr Bennecke möchte wissen, ob in der sog. kommenden Saison die Sportplätze für die Vereine noch verfügbar seien oder bereits im Rahmen der Vorarbeiten für den Bau des OHG gesperrt werden.

Herr Springfeld teilt mit, dass das Verfahren noch lange nicht so weit fortgeschritten sei, dass der Zeitpunkt für konkrete Baumaßnahmen überhaupt abgesehen werden könne.

16.6 Bewirtschaftung Stadforst

Herr Holzmann möchte wissen, ob der Beschluss zur Drucksache 139/2021-2026 bereits umgesetzt wurde.

Herr Klostermann informiert, dass hier voraussichtlich eine Information in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz erfolgen werde.

16.7 Verwaltungsvereinbarung Radweg Eldagsen-Alferde

Auf Nachfrage von Herrn Baatzsch, ob die Verwaltungsvereinbarung bzgl. des Radweges Eldagsen - Alferde bereits geschlossen wurde, teilt Herr Springfeld mit, dass er die Verwaltungsvereinbarung heute per Post erhalten habe und bereits unterschrieben und in dreifacher Ausfertigung wieder versandt habe.

Ergänzend informiert Herr Klostermann darüber, dass bereits erste Unterlagen zum Thema Beteiligung bei der Stadtverwaltung eingegangen seien und man somit auch als Träger öffentlicher Belange eingebunden wurde.

16.8 Verzögerung Umzug Stadtbibliothek

Herr Wolff spricht das Thema Umzug der Stadtbibliothek an. Er habe gehört, dass dieser sich verschieben würde und würde gerne die Gründe dafür erfahren.

Herr Springfeld teilt mit, dass noch nicht alle Auflagen der Baugenehmigung durch den Bauherren abgearbeitet beziehungsweise dokumentiert werden konnten und somit ein Umzug noch nicht erfolgen könne.

Weiter fragt Herr Wolff, ob dies die Themen Brandschutz und statische Traglast betreffe. Dies wird von Herrn Klostermann u.a. bestätigt.

16.9 Geplante Versammlungsstätte im OHG

Herr Bennecke spricht die geplante Versammlungsstätte im OHG an und möchte wissen, wann der Umbau starten würde.

Herr Klostermann teilt mit, dass die bauliche Umsetzung für das kommende Jahr geplant sei.

Ende des öffentlichen Teils: 21:25 Uhr